

Hohenstein-Ernstthaler Anzeiger

Tageblatt

für Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf,

Wilsenbrand, Ursprung, Mittelbach, Langenberg, Falken, Meinsdorf, Grumbach, Trischheim zc.

— **Weitverbreitetes Insertions-Organ für amtliche und Privat-Anzeigen.** —

Dieses Blatt erscheint mit Ausnahme der Sonn- und Festtage täglich nachmittags. — Zu beziehen durch die Expedition und deren Aussträger, sowie alle Postanstalten.
Für Abonnenten wird der Sonntags-Nummer eine illustrierte Sonntagsbeilage gratis beigegeben.

Abonnement:
Bei Abholung monatlich 35 Pfg. die einzelne Nummer 5 „ Durch die Post bezogen 1.25 Mk. excl. Bestellgeld.
Frei ins Haus monatlich 42 Pfg. vierteljährlich 1.20 Mk. excl. Bestellgeld.

Insertionsgebühren: die sechsgespaltene Corpusspaltel oder deren Raum für den Verbreitungsbezirk 10 Pfg., für auswärts 12 Pfg. Reklamen 25 Pfg. Bei mehrmaliger Aufgabe Rabatt.
Annahme der Inserate für die folgende Nummer bis **vorm. 10 Uhr.** Größere Anzeigen abends vorher erbeten.

Nr. 262.

Fernsprecher Nr. 151.

Mittwoch, den 11. November 1903.

Geschäftsstelle: Bahnstr. 3.

30. Jahrgang.

Die Operation unseres Kaisers.

Wie groß die Liebe des deutschen Volkes zu seinem Kaiser ist, das hat sich in diesen Tagen in der herzlichen Anteilnahme an der plötzlichen Erkrankung des Monarchen und in der aufrichtigen Freude darüber, daß das Leiden wohl an Schmerzestes erinnert, sonst aber harmloser und unbedeutender Natur ist, in erhebender Weise gezeigt. Andererseits ist aber auch die zarteste Rücksicht auf das patriotische Volksempfinden genommen und die Öffentlichkeit erst in dem Augenblick von der Erkrankung des Kaisers in Kenntnis gesetzt worden, als ihr gleichzeitig die Gewißheit gegeben werden konnte, daß nichts Schlimmes vorliegt, daß zu Befürchtungen keinerlei Anlaß geboten ist. Mit welcher Standhaftigkeit haben der Kaiser und die Seinen die Qualen der Ungewißheit ertragen! Die Feiherkeit, deren Ursache kein gewöhnlicher Katarrh war, peinigte den Kaiser schon vor seiner Abreise nach Wiesbaden. Die Ärzte haben dem Monarchen, der von ihnen unbedingte Wahrheit verlangte, auch zweifellos von der Bildung einer Wucherung Mitteilung gemacht, über deren Natur die Untersuchung mittels Rektoskopspiegels keine Gewißheit geben konnte. Die Leidenstage seines unvergesslichen Vaters mit ihren furchtbaren Schrecken traten dem Kaiser vor die Seele. Die Ungewißheit war entsetzlich. Und dennoch vorwärts! Im Interesse des europäischen Friedens war die Begegnung mit dem Zaren geboten, und ohne an sich selbst zu denken, unternahm Kaiser Wilhelm die strapazenreiche Reise nach Wiesbaden und Wolsbürgen. Erst nachdem die schwebenden politischen Fragen geregelt und fest geordnet waren, gönnte er sich die Zeit, Gewißheit über sein Leiden zu erhalten.

Am Sonnabend vergangener Woche wurde von dem Professor Moritz Schmidt aus Frankfurt a. M., unter Assistenz der beiden kaiserlichen Leibärzte, Excellenz von Leuthold und Oberstabsarzt Ziberg, die Operation vorgenommen. Die auf dem linken Stimmband sitzende Wucherung wurde leicht und schnell entfernt. Schmerzen verursachte der Eingriff nicht. Das Aussehen der Wucherung und der hinterlassenen kleinen Wunde machten einen günstigen Eindruck, gleichwohl konnte erst die mikroskopische Untersuchung völlige Sicherheit bringen. Virchow's größter Schüler und Nachfolger, Professor Orth, Direktor des pathologischen Instituts in Berlin, wurde mit der Ausführung der Untersuchung betraut und er konnte mit absoluter Sicherheit feststellen, daß die in ihrer ganzen Ausdehnung entfernte und ihm zur Verfügung gestellte Neubildung eine gutartige und nichts weiter sei, als ein Polyp, der sich mit Vorliebe in der oberen Nasenhöhle, sehr häufig aber auch auf den Stimmbändern des Kehlkopfes bildet. Die mikroskopische Untersuchung des Polypen hat alle diejenigen Daten ergeben, die in Betracht kommen, um die Geschwulst geradezu als einen Schulfall gutartiger Neubildung erkennen zu lassen: Leichtes, nur wenige Zellen enthaltendes Bindegewebe, das von einem regelmäßig geschichteten und überall scharf gegen das Bindegewebe abgegrenzten Plattenepithel überzogen ist. Bösartige Schwellungen sind dagegen hart, zellenreich und liegen nicht im Binde-, sondern im Zellengewebe. Die Umkleidung des Polypen mit einem Plattenepithel beweist, daß er lediglich aus Zellen zusammengesetzt ist, die an der Oberfläche der Schleimhaut lagerten.

Welche Empfindungen diese frohe Botschaft in unserem Kaiserhause erregt hat, das fühlen alle deutschen Männer und Frauen in tiefer Seele mit. Der Gedanke an Kaiser Friedrich's Leiden, das seinen Ursprung gleichfalls vom linken Stimmband genommen hatte, hat die Befürchtung erweckt, daß es sich auch jetzt um eine bösartige Wucherung handeln könnte. Die sorgende Liebe will sich auch nicht durch den Befund der mikroskopischen Untersuchung beruhigen lassen, indem sie daran erinnert, daß auch die Virchow'sche Untersuchung im Jahre 1888 das Vorhandensein krebsartiger Bildungen in Abrede stellte. Demgegenüber ist zu konstatieren, daß Virchow damals nur einen

kleinen Teil der dem Kehlkopfe des erkrankten Kronprinzen entnommenen Wucherung untersuchen konnte, während dem Professor Orth die exstirpierte Geschwulst in ihrer ganzen Ausdehnung vorlag. Sein Untersuchungsresultat beschränkt daher jede Sorge und verleiht die unbedingte Gewißheit, daß das Leiden unseres Kaisers durch die Entfernung des harmlosen Polypen vollständig beseitigt ist. Es ist auch bekannt, daß krebsartige Wucherungen den ganzen Organismus in Mitleidenhaftigkeit ziehen, fahle Gesichtsfärbung und rapiden Körperverfall im Gefolge haben. Unser Kaiser aber erfreut sich, von der lokalen Erscheinung abgesehen, des günstigsten und erfreulichsten Allgemeinbefindens.

Das vorzügliche Allgemeinbefinden wird in allen Bulletins ausdrücklich hervorgehoben, ebenso wird die Tatsache verzeichnet, daß die kleine Operation auch nicht die geringsten Fiebererscheinungen im Gefolge gehabt hat. Puls und Temperatur sind durchaus normal, so schließt das gestrige Bulletin, in dem es heißt: Die nach der Operation selbstverständlich auftretende entzündliche Reaktion läßt bereits nach. Man darf demnach mit dem Aussehen der linken operierten Stimmlippe zufrieden sein. Immerhin wird die Heilung der kleinen Wunde doch einen Zeitraum von acht Tagen in Anspruch nehmen.

Zur Operation unseres Kaisers und die durch dieselbe erweckten Erinnerungen schreibt die „Nat.-Ztg.“ u. a.: Es ist erklärlich, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung die Erinnerung an die leidvolle Krankheit Kaiser Friedrich's wieder auftaucht und daß man sich der Berichte erinnert, die damals veröffentlicht wurden und nicht immer dem wirklichen Sachverhalt entsprachen. Es sind genau auf den Tag 16 Jahre her, daß unser Kaiser, damals noch Prinz von Preußen, nach San Remo reiste, wo am 9. November 1887 die große Konsultation der Ärzte stattfand. Der jetztige Kaiser nahm damals in Frankfurt a. M. den dortigen Spezialarzt Dr. Moritz Schmidt als deutschen Vertrauensmann in seinem Wagenabteil mit nach San Remo. In der dortigen Konsultation wurde beim Kronprinzen Kehlkopfkrebs konstatiert und das Ergebnis dieser Konsultation im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht.

Jetzt hat derselbe Spezialarzt an unserem Kaiser eine Kehlkopfoperation ausgeführt und ihn glücklich von dem Polypen befreit. Es liegt kein Grund vor, nach der glücklich vollzogenen Operation für die Gesundheit unseres Kaisers Besorgnisse zu hegen. Die Operation ist unter der Hand des viel erfahrenen Spezialisten in überraschend schneller Weise vollzogen, der den Schleimhäuten aufgepinzelt wird und sie gegen Schmerzen unempfindlich macht. Als Instrument dient eine feine Zange. Unter der Führung des Rektoskopspiegels geht der Operateur mit der Zange in den Kehlkopf ein und knipst die kleine warzenartige Hervorragung fort. Diese bleibt dann in dem feinen Löffelchen der Zange sitzen und wird mit ihr herausgezogen. Die nachfolgende Blutung ist sehr gering und steht von selbst. Die Heilung erfordert 8 bis 14 Tage.

Anstatt des Ausdrucks „Stimmband“ ist in den ärztlichen Bulletins von „Stimmlippe“ die Rede. Diese Bezeichnung ist bei der Umgestaltung der anatomischen Nomenklatur durch die deutsche anatomische Gesellschaft vor einigen Jahren eingeführt und von der Wissenschaft allgemein angenommen worden. Nach dem übereinstimmenden Gutachten der Fachleute entstehen Polypen der Stimmlippen namentlich durch lautes und anhaltendes Sprechen.

Nach einer Meldung des „B. L. M.“ wurde beim Kaiser schon vor einigen Wochen das Vorhandensein eines Polypen festgestellt, mit dessen Exstirpation man jedoch gewartet hat, um durch eine Entwicklung der kleinen Neubildung die Möglichkeit zu geben, die Operation fast ohne Verletzung des Stimmbandes vornehmen zu können. Der Kaiser zeigte sich von einer bewundernswürdigen Ruhe. Am Tage vor der Operation

und während derselben schien er ohne Nerven zu sein. Er gab auch strengen Befehl, daß er rückhaltlos über den Charakter seines Leidens aufzuklären sei und daß auch die Öffentlichkeit von dem Befunde sofort in geeigneter Weise verständigt werden sollte.

Der Kaiser braucht sich nur des Sprechens zu enthalten, sonst aber keine Änderung seiner Lebensweise vorzunehmen, auch darf der Monarch bei einigemmaßen günstigem Wetter dieser Tage bereits ins Freie gehen. Die Regierungsgeschäfte hat unser Kaiser im vollen Umfange wieder aufgenommen, er hörte die Vorträge des Grafen Bülow und des Herrn v. Lucanus. Daß die Festlichkeit zu Ehren des Geburtstages des Königs von England ausfiel, ist selbstverständlich.

Selbstmord eines italienischen Ministers.

Der erst vor einigen Tagen ernannte italienische Finanzminister Rosano hat in der Nacht vom Sonntag zum Montag seinem Leben durch einen Revolvererschuss gewaltsam ein Ende gemacht. Rosano wurde von seinen Begnern als Camorrist bezeichnet und aller möglichen Umtriebe bezichtigt. Tatsache ist, daß er der Verteidiger Palizzolo, des bekannten Führers der Mafia, gewesen ist, der sich vor Jahr und Tag gegen die Anklage, den Vizepräsidenten Notarbartolo ermordet zu haben, zu verantworten hatte. Palizzolo wurde damals verurteilt, in seiner Angelegenheit schwebt jedoch noch eine Prozeßsache, die demnächst zur öffentlichen Verhandlung kommen soll. Inwiefern der Selbstmord Rosanos mit der Wiederaufrollung dieses Prozesses in Zusammenhang steht, müssen eingehende Berichte erweisen. Soviel darf jedoch mit Sicherheit angenommen werden, daß der Selbstmord und die bevorstehende Gerichtsverhandlung zu einander in Beziehung stehen. Für das Kabinett Giolitti bedeutet die Tat Rosanos eine schwere Erschütterung. Ist doch der verstorbenen Finanzminister nicht das einzige Mitglied des neuen Ministeriums gewesen, dem Beziehungen zu der verbrecherischen Geheimgesellschaft der Camorra und Mafia nachgesagt werden. Die Begner des Kabinetts bezichtigen vielmehr auch den Minister des auswärtigen Tittoni gleicher Verbrechen und auch den Ministerpräsidenten Giolitti selbst suchen sie mancherlei am Zeuge zu flicken. Auf die weiteren Ereignisse in Rom darf man daher in hohem Maße gespannt sein.

Ueber den Selbstmord Rosanos veröffentlichten sämtliche italienischen Blätter spaltenlange Berichte, aus denen hervorgeht, daß der Tod des Ministers tatsächlich mit camorristischen Dingen zusammenhängt. Rosano war von den gegnerischen Blättern bezichtigt worden, er habe im Jahre 1898 für 5000 Francs einen wegen Teilnahme an einem Aufstande zu Zwangsdomizil verurteilten Sozialisten Bergamoschi in Freiheit setzen lassen. Der Ministerpräsident Giolitti forderte Rosano auf, sich zu dieser und ähnlichen Beschuldigungen zu äußern. Rosano versprach das und reiste in das Land der Camorra, nach Neapel, ab. Anstatt dort aber die Gerichte anzurufen, griff er zum Revolver. Der Unglückliche, dem ungeratene Söhne schweren Kummer bereitet hatten, richtete unmittelbar vor seinem Tode einen Brief an seine Frau, in dem er erklärte: Ich bin ein Ehrenmann und sterbe als ein solcher, der Flut von Anklagen konnte ich nicht widerstehen; die Zukunft wird mir Gerechtigkeit widerfahren lassen. — Wir bemerken noch, daß Rosano bereits als junger Mann wegen unglücklicher Liebe einen Selbstmordversuch beging.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

— Außer dem für Schlesien zur Verfügung gestellten Betrage von 1,6 Mill. M. hat nach einem Breslauer Blatt das preussische Staatsministerium eine weitere Million zu Gunsten der durch das Hochwasser Geschädigten bewilligt. Angeblich steht

die Bewilligung noch einer Million in sicherer Aussicht.

— Das ihm vom Kaiser verliehene Allgemeine Ehrenzeichen in Gold am Bande des Roten Adlerordens anzunehmen, lehnte der Gerichtsvollzieher in Wollin (Pommern) ab, der unlängst nach langjähriger Tätigkeit aus dem Dienste schied. Er begründete sein Verhalten damit, daß er als Beamter nur seine Pflicht getan und dafür ja Gehalt bezogen habe; für eine Pflichtenfüllung aber eine Auszeichnung anzunehmen, widerspreche seiner Ueberzeugung. Alles Zureden half nichts.

— Zur Eidesfrage bringt die Dtsch. Ztg. einen Artikel aus Anlaß des Berliner Kindesuntersuchungsprozesses, der zur Eröffnung einiger Verfahren wegen Meineids führen wird. Das Blatt behauptet, daß der Antrag des Abg. von Salisch (konf.), der eine Verminde rung der Eide herbeiführen wollte, seinerzeit keine Mehrheit im Reichstag fand, und sagt dann: Die Möglichkeit eines Meineides liegt recht nahe, wenn ein geistig nicht hervorragender Zeuge, dem es schwer fällt, die objektive Wahrheit von der subjektiven Meinung zu trennen, über Dinge befragt wird, die fast 7 Jahre zurückliegen. Wir haben uns bei der Lektüre des Prozeßberichts oft gewundert, wie es möglich war, daß Zeugen unter ihrem Eide Tatsachen befaßten konnten, die, als sie sich ereigneten, doch so unwesentlich schienen, daß sie kaum in der Erinnerung gehaftet haben konnten. Der Zeuge, der gezwungen wird, über derartige Dinge auszusagen, kann einen doppelten Weg einschlagen: Entweder er beschränkt sich darauf, nur zu sagen, woran er sich noch vollkommen klar erinnern kann. Das wird in der Regel recht wenig sein und der Richter wird den Versuch machen müssen, mehr aus dem Zeugen herauszuholen, weil er selbstverständlich nicht wissen kann, ob der Zeuge nicht etwas geflüstert verschweigen will. Ein anderer Zeuge wird sich bemühen, seine Erinnerung durch fremde Mithilfe aufzufrischen. Er bespricht sich mit anderen und dabei ist es recht wohl möglich, daß er nach und nach nicht mehr unterscheiden kann, was er selbst weiß und was andere ihm gesagt haben. Dazu kommt die gerade bei geistig untergeordneten Leuten ungewöhnlich starke Macht der Suggestion und der Autosuggestion. Die Rechtsfindung wird unbedingt und in der Regel auf das Hilfsmittel des Eides angewiesen bleiben. Aber daß die Gefahren wesentlich vermindert werden könnten, davon sind wir immer überzeugt gewesen und in dieser Ueberzeugung durch den Gang des erwähnten Prozesses bestätigt worden. Wenn sie aber vermindert werden können, dann muß man auch möglichst bald an den Versuch einer Verminde rung herantreten.

— Folgender Erlaß des preussischen Eisenbahnministers, den die Ztg. wiedergibt, wird in den beteiligten Beamtenkreisen freudig begrüßt werden: Zur Erhöhung der Betriebssicherheit wird es beitragen, wenn als Zugführer bei Schnell- und Personenzügen tunlichst solche Beamte verwendet werden, die neben den in der Prüfung geforderten Kenntnissen eine gründliche Kenntnis der Instandhaltung der Eisenbahnwagen, insbesondere der Brems-, Heizungs- und Beleuchtungseinrichtungen besitzt. Um das Ausrücken solcher Beamten in Zugführerstellen zu begünstigen, erhält Ziffer 19 der Ausführungsbestimmungen zur Prüfungsordnung folgenden Zusatz: Anwärter für Zugführerstellen können ohne Rücksicht auf das Beförderungsalter nach dem Ermessen der Direktion außer der Reihe zum Zugführer befördert werden, wenn sie das Schlosser-, Schmiede- oder Stellmacherhandwerk erlernt haben, längere Zeit in einer Wagenwerkstätte beschäftigt waren und die Fähigkeit besitzen, die an den Wagen während des Betriebs vorkommenden kleinen Schäden zu beseitigen. Ueber die Auswahl solcher Anwärter haben sich die zu einer Anstellungsgruppe gehörigen Eisenbahndirektionen zu verständigen.

— Die sozialdemokratische Parteileitung sieht sich genötigt, gegen den Verzug von Geschäftsfirmen seitens der „Genossen“ einzuschreiten. Sie erläßt aus Anlaß eines besonders trassen Falles im „Vorwärts“ eine Klage. Es sei unzulässig und mit der Wahrnehmung der Interessen der Partei unvereinbar, Firmen deshalb zu boykottieren, weil diese